

Vorlage-Nr.: **1438-2013/DaDi**  
 Aktenzeichen: 099-010  
 Fachbereich: Fraktion der FDP  
 Herr Fraktionsvorsitzender Norbert Rücker  
 Beteiligungen:  
 Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Prüfantrag IFS - Antrag FW-PP**

---

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreisausschuss wird beauftragt die Erstellung eines Entwurfs einer Informationsfreiheitssatzung für den Landkreis Darmstadt-Dieburg zu koordinieren, der unter anderem folgende Punkte berücksichtigt:

- Informationspflichten der Verwaltung gegenüber der Öffentlichkeit
- Informationsansprüche der Öffentlichkeit gegenüber der Verwaltung
- Gebührenordnung für die Kosten der Informationsbereitstellung aufgrund von Informationsansprüchen
- bereits vorliegende gesetzlicher Regelungen wie zum Beispiel dem Hessischen Archivgesetz (HArchivG) und dem Hessischen Umweltinformationsgesetz (HUIG)

## **Begründung:**

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg veröffentlicht bereits ein umfangreiches und begrüßenswertes Informationsangebot für den Bürger. Dies geschieht jedoch bisher größtenteils auf freiwilliger Basis ohne dass Veröffentlichungspflichten definiert wären.

Es besteht auch ebenfalls kein grundsätzlicher Anspruch der Bürger auf Informationen. Sowohl Informationspflichten als auch -ansprüche sollen durch eine entsprechende Informationsfreiheitssatzung verbindlich geregelt werden.

Erschwerend kommt auch hinzu, dass das Land Hessen bisher keine gesetzliche Regelung zur grundsätzlichen Informationsfreiheit getroffen hat, wie dies bereits in Brandenburg, Berlin, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Bremen, Saarland, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz geschehen ist. Es ist daher erforderlich, dieses Defizit auf kommunaler Ebene auszugleichen.